

In der Gruppe Arbeiterpolitik gibt es zur Zeit verschiedene Standpunkte zu den Fragen, die die Bundestagswahl am 6. März aufwirft. Viele Ortsgruppen halten eine Stimmabgabe für die Grünen gegenwärtig für sinnvoller als die Wahl der SPD. Da wir meinen, daß nur das offene Austragen der Argumente uns politisch weiterbringt, legen wir unsere Frankfurter Stellungnahme bei.

Diesmal Grüne wählen

1. Krise und Krisenbewältigung

Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Krisenbewältigungspolitik sollen drei Faktoren genannt werden:

- Das Kapital organisiert Sozialabbau und Lohnkürzung nur sehr vorsichtig. Im Unternehmerlager selber gibt es einflußreiche Stimmen, die Radikalkuren nach dem Muster Thatchers in England oder Reagans in den USA ablehnen. Wenn ihnen die gegenwärtige CDU-Regierung auch lieber ist, so haben doch die Sozialdemokraten noch nicht ausgedient, sollten parlamentarische Mehrheitsverhältnisse dies erfordern.
- Die Arbeiter und Angestellten müssen sich die Krisenlasten aufbürden lassen, ohne etwas entgegensetzen zu können. Als "Sozialpartner" sind sie in der Aufstiegsperiode der Bundesrepublik an der Seite der Unternehmer in den Genuß des Wirtschaftswunders gekommen, heute klammern sie sich an die Hoffnung, auch in der Krise noch irgendwie ein individuelles Auskommen finden zu können. Ansätze von Widerstand (z.B. bei Betriebsstillegungen) bleiben vereinzelt.
- SPD- und Gewerkschaftsführungen sind bereit, zu den Krisenlösungsprogrammen der Unternehmer ihren eigenen politischen Beitrag zu leisten. Sie werden von ihren Mitgliedern daran

daran nicht gehindert. Deshalb können sie von den Unternehmern auch heute noch zur Lösung der anstehenden Fragen herangezogen werden (z.B. auch durch eine offene oder verdeckte Koalition mit der CDU). Aus der Geschichte der Weimarer Republik hat die SPD "gelernt", daß es besser ist, in der Krise des Kapitalismus selber in der Regierung den Abbau zu organisieren, als dies anderen Kräften zu überlassen.

In der Bundesrepublik vollzieht sich heute eine Neuorganisation des bisherigen Klassenkompromisses, von der ungleichen Verteilung der Zuwächse zur ungleichen Verteilung der Opfer. Dieses Spiel haben die "Sozialpartner" bislang mitgespielt.

2. Warum wählen die meisten Arbeiter und Angestellten SPD?

Auch die Wähler der SPD akzeptieren in ihrer Mehrheit, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftslage der BRD "von allen" Opfer gebracht werden müssen. Sie wählen die SPD nicht, weil sie selbst dabei sind, die Notwendigkeit von Widerstand gegen den Unternehmerangriff zu begreifen. Das Kreuzchenmachen bei der SPD ist nicht das Symbol einer beginnenden klassenmäßigen Polarisierung, sondern Ausdruck ohnmächtiger Ängste einer überwiegend kleinbürgerlich denkenden "Arbeitnehmerschaft". Von der SPD wird erwartet, daß sie die notwendigen Opfer "gerechter" verteilt als die CDU. Der Widerstand aus den Betrieben kann noch lange vereinzelt und schwach bleiben. Viele unserer jüngeren Arbeitskollegen sind gleichzeitig einbezogen in andere außerparlamentarische Bewegungen (Frieden, Ökologie) und werden dort politisiert. Wir müssen unsere Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften in Bezug zu diesen Bewegungen setzen, damit einer weiteren Zersplitterung nach Möglichkeit vorgebaut werden kann.

3. Protestbewegung und Wahl der Grünen

Gegenüber dem weitgehend unentwickelten Denken und Handeln der Arbeiterschaft als Klasse sind Ökologie- und Friedensbewegung zur Zeit Übergangsformen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung. Insbesondere in der Frage Rüstung und Kriegsvorbereitung stellen sie die bürgerliche Politik in Frage.

Die Grünen sind auf der Ebene des Stimmzettels zum Symbol der vielfältigen Protestströmungen geworden, die zur Zeit existieren.

Die Tatsache, daß es ihnen am 6. März 1983 möglich sein könnte, die 5%-Hürde zu schaffen, ist der Stärke der außerparlamentarischen Bewegung geschuldet, nicht der Politik oder dem Programm der Grünen. Die Wahl der Grünen ist etwas ganz anderes als die politische Struktur dieser Partei, weshalb dieser Gesichtspunkt zunächst einmal wegfallen kann. In ihr drückt sich ein genereller Protest - vor allem jüngerer Leute - gegen die Gesellschaft aus. Die Wahl der Grünen ist nach unserem Verständnis eine Unterstützung des Protestes mit dem Stimmzettel.

Die Stimmabgabe für die Grünen ergibt sich noch aus einer anderen Überlegung:

4. Verhinderung einer absoluten CDU-Mehrheit

Die Verhinderung einer absoluten Mehrheit der CDU-Fraktion im neuen Bundestag ist nur möglich, wenn den Grünen der Einzug ins Parlament gelingt. Dabei gehen wir von folgenden Überlegungen aus:

- Die FDP wird es nicht schaffen, die 5%-Hürde zu überspringen
- Die SPD wird mehr als 40% der Stimmen bekommen, aber mit Sicherheit weniger als die CDU
- Die Grünen haben die reale Chance, 5% zu erreichen.

Würden beide Parteien, FDP und Grüne, unter 5% bleiben, würden sich CDU und SPD als einzige Parteien im Parlament gegenüberstehen und der stärkeren automatisch die absolute Mehrheit der Sitze zufallen. Aufgrund der heute erkennbaren Entwicklung ist die absolute Mehrheit der CDU nur durch einen Einzug der Grünen ins Parlament zu verhindern. Die Wahl der Grünen ergibt sich also auch aus der Überlegung, gegen die Politik der CDU zu stimmen.

Nur wenn die CDU am 6.3. eine absolute Mehrheit der Stimmenprozente bekommt, oder wenn die FDP doch wieder ins Parlament zurückkehrt, sind diese Überlegungen gegenstandslos.

Auch wenn ein Erfolg der Grünen noch alles andere als sicher ist, sollten wir diese geringe Möglichkeit nutzen, die in der Wahl der Grünen liegt. Kein sozialdemokratischer Kollege wird uns aus diesem Wahlverhalten einen Vorwurf machen können.

5. Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag

Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag, nach denen die SPD und die Grünen rechnerisch in der Mehrheit wären, hätten verschiedene Vorteile:

- a. Der Druck auf die Grünen, zur Alltagspolitik Stellung zu beziehen, würde steigen und der Zwang, sich praktisch zu verhalten, würde die inneren Widersprüche bei ihnen deutlicher hervortreten lassen. Die Kräfte innerhalb der Partei, die den reaktionären Ideologien eines Bahro Widerstand entgegensetzen, müßten sich deutlicher artikulieren.
- b. Die SPD wäre nicht mehr in der Lage, wie nach dem Rücktritt Schmidts, ihren eigenen politischen Standort zu vernebeln, wie sie es im Wahlkampf versucht, indem sie vorgibt, die Interessen der Arbeiter oder der Friedensbewegung besser vertreten zu können. Sie müßte erklären, warum sie nicht zur Zusammenarbeit mit den Grünen bereit ist. Am Ende würde irgendeine Form der Zusammenarbeit mit der CDU herauskommen. Dies ist von einigen Unternehmern und Gewerkschaftsführern bereits gefordert worden. Vogel hat erklärt, daß er eine CDU-Minderheitsregierung parlamentarisch stützen würde. Die politische Rolle, die die SPD im Parlament spielt, würde leichter einsehbar für ihre Wähler und Anhänger. Diese Möglichkeit ist dann nicht gegeben, wenn die SPD als einzige Oppositionspartei einer CDU-Regierung mit absoluter Mehrheit gegenübersteht und mit Phraseologie ihre politische Rolle im Kapitalismus verschleiert.

Frankfurt, Ende Februar 1983